

Heeresdebatte im Reichstag.

Reichswehrminister Groener spricht zum Wehrproblem.

Abg. Berlin, 15. Juni 10 Uhr.

Ohne Aussprache wird zunächst das **Vertragabkommen zum Deutsch-Schweizerische Handelsabkommen** dem Handelspolitischen Ausschuss überwiesen und das **Internationale Optimumabkommen** in zweiter und dritter Beratung angenommen. Es folgt dann die

Zweite Beratung des Reichswehrministeriums.

Reichswehrminister Groener:

Wie haben sich die Verfechter eines idealen Völkerverbundes die Lösung des Wehrproblems gedacht? Militärische Kräfte zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern und kleine, hochmoderne Truppenkörper als Gendarmerie des Völkerverbundes. Die Wirklichkeit ist von diesem Idealbild weit entfernt. Von einer Abrüstung oder auch nur Rüstungsbeschränkung ist bei den Siegern nicht die Rede. (Sehr wahr!) Unsere Nachbarn verfügen über 76 Divisionen gegenüber den 10 deutschen Divisionen. Man hat dieses Verhältnis leugnen wollen. Man hat sogar behauptet, die Strohkrone des deutschen Wehrrechts gehe weit hinaus über das, was seiner zahlenmäßigen Stärke entspricht. Diese Behauptung wird allein schon dadurch widerlegt, daß uns alle wirksamen modernen Kampfmittel fehlen. In den Nachbarstaaten werden gewaltige Reservearmeen ausgebildet, die uns fehlen. Man spricht auch davon, daß wir ein Führerheer hätten. Dabei wird aber verschwiegen, daß ein Führerheer ohne große Reserven und ohne gute Waffen nichts machen kann. Die Militärregierung leidet und ganz und Deutschland ist gegen Luftangriffe schutzlos.

Da man Deutschlands Entwaffnung nicht mehr leugnen kann, hilft man sie mit dem Wort von Deutschlands „potenziel de guerre“. Es wird auf die große Menschenzahl und die leistungsfähige Industrie hingewiesen, die Deutschland schnell für den Krieg mobilisieren könnte. Tatsächlich würde aber eine solche Umstellung der Industrie und der Menschen auf den Krieg bei uns viele Monate in Anspruch nehmen, während die Siegerstaaten neben den militärisch ausgebildeten Reserven über eine Heil auf den Krieg vorbereitete Rüstungsindustrie verfügen. Wir können uns nicht auf den potentiell de guerre verlassen, sondern führen uns auf den potentiell de paix, auf unser vertragliches Recht auf allgemeine Abrüstung.

Ich bin nicht von der These überzeugt, daß ein kleines, modernes Berufsheer die alleinige Wehrorganisation der Zukunft sein werde. Der französische Sozialist Paul Boncour hat meines Erachtens das Problem richtiger erkannt. Als alter Soldat und Forscher auf dem Gebiet der Kriegskunst kann ich der französischen Organisation der Landesverteidigung meine Bewunderung nicht verlagern, ohne damit sagen zu wollen, daß diese Organisation auch für jedes andere Land geeignet ist. Für uns sind das nur theoretische Erwägungen, denn der Umfang unserer Wehrmacht ist ja durch den Versailles Vertrag bestimmt.

Es wird nun die Frage aufgeworfen: Warum unterhalten wir überhaupt diese kleine, im Kampf gegen die großen Militärmächte doch nicht brauchbare Reichswehr?

Ich antworte: Weil sie wenigstens verhindert, daß fremdliche Nachbarn in unsern Grenzgebieten nach Gefallen schalten und walten und daß kriegsführende Nachbarn über unsere Neutralität ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen können.

Im Ausschuss hat Abg. Weber die Kavallerie für überflüssig und veraltet erklärt. Ich meine, daß über die Verwendbarkeit der Kavallerie, namentlich in den östlichen Gebieten, das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Auf die Marine können wir nicht verzichten, denn sie bedeutet einen wesentlichen Kräftezuwachs für das Landheer. Ich bemühe mich bei der Marine um den planmäßigen Erfolg des veralteten Schiffsmaterials. Was die innere Verfassung der Reichswehr betrifft, so sind alle Parteien darin einig, daß die Reichswehr rein staatlich eingestuft und ein unbedingt zuverlässiges überparteiliches Instrument in der Hand der verfassungsmäßigen Gewalten sein muß. (Beifall.) Jeder versteht aber unter dieser staatlichen Einstellung etwas anderes. Aufgabe des Reichspräsidenten und des Reichswehrministers muß es sein, der Reichswehr ihre Stellung über den Parteien zum unangenehmsten Dienst an Volk und Vaterland zu erhalten. (Beifall.)

Trotz aller Kritik muß ich dankbar anerkennen, was die Reichswehr geleistet hat in pflichttreuer Arbeit, äußerster politischer Zurückhaltung und Hilfsbereitschaft gegen jedermann. (Beifall.) Kritik begrüße ich, aber eine Kritik, die nur herabsagen will, lehne ich rundweg ab. Ich habe der Sparnotwendigkeit große Zugeständnisse gemacht, habe sogar auf Mandatverzicht, aber jedes Zugeständnis hat seine Grenze, sowie das feste Gefüge der Armee dadurch erschüttert wird. Es ist eine Staatsnotwendigkeit, die dem Reich gebliebenen Verteidigungsmöglichkeiten aufrecht zu erhalten. (Beifall.)

Abg. v. Veltow-Borbeck (Dnat.):

Begrüßt die grundsätzlichen Ausführungen des Ministers. Die Ränder dürfen nicht nochmals ausfallen ohne schweren Schaden für die Armee. Das von der Sozialdemokratie in Magdeburg aufgestellte Wehrprogramm verlangt Demokratisierung des militärischen Disziplinarrechts. Dabei werden die Notwendigkeiten verkannt, die sich im Kriege ergeben. Da starrt somit auf den Soldaten ein, daß er nur dann sicher bei der Stange bleibt, wenn die Furcht vor Strafe größer ist als die Angst. (Sturm, Widerspruch und laute Jurufe der Soz. und Komm.) Im Magdeburger hat auch der Innenminister Severing erklärt, er halte zwar nicht eine Demokratisierung, aber eine Republikanisierung der Reichswehr für notwendig. Wir werden darüber wachen müssen, daß der Innenminister nicht etwa still und leise den Wehrminister ins Schlepptau nimmt. Auch wir wollen Verbundenheit der Reichswehr mit dem Volke, aber wir wollen kein Eindringen der pazifistischen Strömungen in die Reichswehr. Die Reichswehr darf nicht politisiert werden. Sie muß als ein zuverlässiges Verteidigungsmittel erhalten bleiben.

Abg. Schöpllin (Soz.):

Minister Groener hat angekündigt, daß er im nächsten Jahre die Wiederherstellung der in diesem Jahre gestrichenen Positionen verlangen werde. Demgegenüber erkläre ich, daß wir im nächsten Jahre darauf bringen werden, daß die in diesem Jahre erzielten Ersparnisse noch wesentlich erweitert werden. Der Wehrminister kann die Reichswehr als zuverlässiges Verteidigungsmittel des Reiches erhalten, auch wenn noch weit mehr in seinem Etat gestrichen wird. Wir brauchen mehr Zeit, um die Einzelheiten dieses immer noch sehr unklaren Etats durchzuarbeiten. Wir warnen vor dem Verzicht, den Reichsminister an anderer Stelle

rückhaltung diesen Unklarheiten gegenüber zu bestimmen. Die heutige Rede des Reichswehrministers stand nach Ton und Tendenz im auffallenden Gegensatz zu seinen Ausführungen im Haushaltsausschuss. Während er im Ausschuss das Wort „Republik“ deutlich unterstrich, hat er es heute gar nicht in den Mund genommen. Welche Kräfte sind in der Zwischenzeit am Werke gewesen? Wir wollen nicht ein Parteibeer, aber eine Reichswehr, die sich nicht als Staat im Staat betrachtet, sondern sich mit der Republik verbunden fühlt. Wir nehmen die Reichswehr in Schutz gegen das Wort des Abg. v. Veltow-Borbeck, daß nur die Furcht vor Strafe beim Soldaten die Disziplin aufrecht erhalte. Ueber diesen Standpunkt des Christlichsozialen sind wir hinweg. Wir wollen in dem Verteidiger des Landes freie Männer leben. Wir verlangen auch, daß den Angehörigen der Reichswehr das volle Staatsbürgerrecht, also auch das volle Wahlrecht gegeben wird.

Abg. Brüninghaus (Dsp.):

erinnert daran, daß vor zehn Jahren von Nothe die Grundlagen für die jetzige Reichswehr geschaffen wurden. Das von den Sozialdemokraten in Magdeburg aufgestellte Wehrprogramm enthält manche bedenkliche Stelle. Immerhin hat die Sozialdemokratie schon Fortschritte gemacht gegenüber ihrer Haltung vor einigen Jahren, wo aus ihren Kreisen das österreichische System propagiert wurde. Wenn man die Republikanisierung der Reichswehr fordert, so muß erst wieder unterschieden werden zwischen der demokratischen und der sozialistischen Republik. Ich habe keinen Unterschied bemerkt zwischen dem Reden des Ministers im Ausschuss und hier. Der Abg. Schöpllin hat aber im Ausschuss anders gesprochen als hier. Bei den hohen Anforderungen, die unsere Offiziere erfüllen müssen, wird auf eine abgeschlossene Schulbildung nicht verzichtet werden können. Die Veriorung der entlassenen Reichswehrangehörigen muß schleunigst verbessert werden. Das Wahlrecht wird man den Soldaten nicht geben können, wenn man sie nicht politisieren will. Die Beobachtung der verschiedenen Abrüstungskonferenzen hat uns gezeigt, daß die Siegerstaaten höchstens daran denken, ihren gegenwärtigen Rüstungsstand aufrecht zu erhalten, keineswegs aber wirklich abzurufen. Umso weniger können wir aber die uns gebührende kleine Wehrmacht freiwillig weiter beschränken.

Abg. Dr. Röll (Dem.):

bezeichnet die Reichswehr als das Instrument zur Aufrechterhaltung der Selbständigkeit des deutschen Reiches nach außen und der Ruhe und Ordnung im Innern. Die Reichswehr muß auf die Leistungshöhe gebracht werden, die der Versailles Vertrag überhaupt ermöglicht; sonst hat sie für uns keinen Zweck. Wir irren, wenn wir eine Friedenspolitik, aber wir brauchen die Reichswehr eben zur Aufrechterhaltung des Friedens. Deutschland, so betont der Redner, hat einen Rechtsanspruch auf Abrüstung der anderen. Ein Volkswort im besten Sinne des Wortes soll die Reichswehr sein. Wenn wir das hoffen, so verlangen wir, daß der Reichswehroffizier und der Reichswehrladai absolut das Vertrauen des Staates verdienen. Die Reichswehr darf nicht hineingezogen werden in die Parteipolitik, das würde den Zustand völliger Wehrlosigkeit zur Folge haben. Die einseitige Betonung des Wissens bei den Reichswehrangehörigen ist abzulehnen: Es soll die rechte Symbiose zwischen Wissen und Können vorhanden sein. Deshalb lehnen wir ein absolut durchgeführtes Bildungsprivileg ab. Fregendliche Verbindungen mit Organisationen und Bestrebungen, die gegen den Staat gerichtet sind, dürfen bei der Reichswehr nicht bestehen. Die Achtung vor der alten Tradition hindert nicht, daß sich die Reichswehr auch eine eigene neue Tradition auflegt. Wer das richtige Fronterleben hat, hält sich frei von allem Chauvinismus.

Abg. Sachseberg (Dsp.):

Das Ergebnis des sozialdemokratischen Parteitages in Magdeburg ist erfreulich, denn dort hat man praktisch die ablehnende Haltung zum Panzerkreuzer ausgegeben. Die sozialdemokratischen Wähler sind zweifellos heute national gekant. Die Pflicht der Landesverteidigung hat mit Militarismus nichts zu tun. Die staatliche Entwicklung, die bei uns von Preußen über Deutschland gegangen ist, endet vielleicht bei den Vereinigten Staaten von Europa. Solange wir aber noch Deutschland haben, werden wir Deutschland durch eine Wehrmacht zu verteidigen haben. Mit pazifistischem Geist kann man die Reichswehr nicht erfüllen, sie braucht soldatischen Geist. Die wirtschaftliche Entwicklung und die technischen Errungenschaften vor allem in der Fliegerei werden ganz von selbst dahin führen, daß immer mehr der Krieg eine Unmöglichkeit wird. Der Wehr-Etat ist eine Frage des Vertrauens zum Minister. Unsere kleine Marine hat mit Recht höchste Anerkennung gefunden. Wir müssen unsere Wehrmacht in der allerbesten Weise ausstatten, wenn sie ihre Verteidigungsaufgabe erfüllen soll.

Abg. v. Epp (Nat.-Soz.):

Heeresfragen sind Nachfragen, die mit der Staatsform nichts zu tun haben. An der kleinen Wehrmacht, die uns der Feindbund gelassen hat, darf nichts gekürzt werden. Wir können dem Etat zu und ermarren, daß die in diesem Jahre gestrichenen Positionen im nächsten Jahr wieder hergestellt werden.

Abg. Seibl (Bsp. Sp.):

Wir wissen uns frei von allen kriegerischen Absichten, aber das darf uns nicht hindern, für unsere der Landesverteidigung dienende Reichswehr alles zu tun, was das Versailles Diktat und was unsere Finanzlage zuläßt. In der Reichswehr muß die Tradition der alten Armee gepflegt werden. Darin liegt keine Gefährdung der Treue zum heutigen Staat. Zur Leitung der Reichswehr haben wir volles Vertrauen. Bei der Rekrutierung müssen alle Gebiete des Reiches, auch die besetzten gleichmäßig berücksichtigt werden.

Reichswehrminister Groener

ermöglicht dem Abg. Schöpllin: Ich weiche heute ab von meinem Wort, das ich im Ausschuss gesprochen habe. Ebenso ist es mit der Reichswehr und mit ihrer Einheilung zur deutschen Republik, die fest und ohne Schwanken sich gleich bleibt. Wenn Abg. v. Veltow behauptete, daß ich ins Schlepptau der Innenministers geraten werde, so kann ich versichern, daß mein Vektor so intakt ist, daß ich kein Schlepptau brauche. Der Innenminister, mit dem ich vorzüglich zusammenarbeite, will sicherlich auch kein Schlepptau nach mir auswerfen. Ich habe gar nichts dagegen, wenn bis in die tiefsten Tiefen des Etats hineingeleuchtet wird. Ich gebe auch zu, daß die Sparsamkeit noch gesteigert werden kann; es kommt nur darauf an, was man darunter versteht. Im Rechnungshof sehe ich keineswegs einen Gegner. In der Frage des Wahlrechts der Soldaten sollte man das beachten, was der frühere österreichische Wehrminister

Deutsch darüber gesagt hat. Die Ausführungen des Abg. Röll über das Verhalten zu den Wehrverbänden und über die Schaffung einer neuen Tradition kann ich nur unterschreiben. Wir wollen aber auch das Gute aus dem alten Geere übernehmen. Zur wirtschaftlichen Disziplinierung ist die Reichswehr immer bereit, soweit dadurch nicht andere Wertebewertungen geschädigt werden.

Abg. Scheller (Komm.):

meint, die Wehrpolitik der Regierung arbeite bewußt auf einen kriegerischen Konflikt mit dem Osten hin. Die revolutionäre Arbeiterklasse werde diese Wehrmacht ebenso wie die ganze Republik erschlagen.

Abg. Dr. Wendhausen (Christl. Nat.-Sp.):

spricht der Reichswehr das Vertrauen seiner Partei aus. Anstandslos der gewaltigen Rüstung der Nachbarstaaten könne man nicht passivitätlichen Phantomen nachsehen.

Abg. Graf Eulenburg (Dnat.):

bedauert die Abstriche beim Pferde-Etat. Um 4 Uhr wird die Weiterberatung auf Montag 12 Uhr vertagt.

Der deutschnationale Parteivorstand

nach den Ausführungen von Eugenbergs und Quag eine längere Entscheidung an, in der die Ablehnung des Berliner Sachverständigenplans u. a. damit begründet wird, daß wir schon jetzt Tributleistungen und Einfuhr fremder Lebensmittel aus geborgtem Gelde bezahlen und daß die Weiterführung der Schuldenpolitik eine Gefährdung der Währungs- und völlige Preisgabe unserer wirtschaftlichen und politischen Zukunft bedeute. Auch würde die nötige Bekämpfung des deutschen Kredites und Annehmens im Ausland sowie die zunehmende Verwirrung unseres innerdeutschen Lebens die Folge der Annahme sein.

Weiter wurde ein Antrag angenommen, wonach es die Pflicht des Parteivorstandes und seines Vorstehenden ist, entscheidend die Richtlinien der Parteipolitik, insbesondere die Frage der Regierungsbeteiligung zu bestimmen.

Die Ueberleitung vom Dawid zum Youngplan.

(Paris. (Telutun.) Zur Ueberleitung vom Dawidplan zum Youngplan wird laut Anhang 5 des Youngberichts ein Ausschuss gebildet werden. Man rechnet mit seinem Zusammentritt während der zweiten Junihälfte. Der Organisationsausschuss für die internationale Bank dürfte etwa gegen den 25. Juli zusammenzutreten. Die Wahl des Bankpräsidenten unterliegt der Entscheidung der Regierungen. Frankreich und Belgien würden Brüssel vorgezogen, die Deutschen fordern Amsterdam, die Engländer London, während die Amerikaner sich für Basel aussprechen. Die technische Konferenz wird etwa 14 Tage dauern. Nach Aufstellung eines vollständigen Entwurfs könnte dann die Diplomatenkonferenz beginnen. Die Regierungsführer werden sich, wie u. a. auch der halbamtliche „Excellior“ annehmen, wahrscheinlich in Baden-Baden nach dem 15. August zur Billigung und endgültigen Annahme des Youngplans versammeln und seine Aufsatzen, ferner den Bankort und verschiedene andere Fragen, die die Befugnisse der technischen Ausschüsse überreichen, festlegen. Wenn im Laufe der zweiten Junihälfte die Einigung erfolgt, wird die Bank für internationale Zahlungen am 1. September ihre Arbeiten aufnehmen können. Die in Wien zur Völkervereinigung amtierenden Außenminister werden dann die der Rheinlandräumung geltenden Fragen zu lösen haben.

Poincaré über den Dawid-Plan.

(New York. Der französische Ministerpräsident Poincaré hat in der Juli-Nummer der „Foreign Affairs“ einen Aufsatz über die europäische Lage veröffentlicht, in dem der Verfasser über den Sachverständigenbericht ausführlich. Die französischen Sachverständigen haben sich einverstanden damit erklärt, daß Frankreich einen sehr großen Teil der gemeinsamen Opfer übernimmt. Aber die moralischen Vorteile dieser gemeinsamen Regelung sind von allerhöchster Bedeutung. Sie verheißt eine neue Atmosphäre in Europa, die Förderung des Vertrauens und die Wiederherstellung einer haltbaren Grundlage der Zusammenarbeit zwischen den Nationen. Es ist zu hoffen, daß die Regierungen sich beeilen werden, so schnell wie möglich den Plan der Sachverständigen in Kraft zu setzen.

Rückkehr König Fuads nach Berlin.

Tea in der ägyptischen Gesandtschaft.

(Berlin. Nach seiner Rückkehr von Wustan folgte König Fuad mit seinem Gefolge und dem deutschen Ehrenkonditor gestern mittag einer Einladung des Präsidenten und Generaldirektors der Deutschen Orient-Bank zu einem Frühstück im Golfklub, zu welchem führende Herren der deutschen Finanz- und der Großindustrie mit ihren Damen erschienen. Hierauf fand in den Räumen der Königlich Preussischen Gesandtschaft ein großer Tee statt, zu dem der Botschafter des diplomatischen Korps Muntius Bacelli sowie die Chef der hier akkreditierten Missionen, ferner die Reichs- und Staatsminister, Vertreter des Auswärtigen Amtes, der Reichstagsfraktionen, der Behörden, der Kunst und der Wissenschaft, der Wirtschaft und Presse geladen waren.

Die schwebenden Standesherrn-Prozesse werden ausgeleert.

Abg. Berlin. Der Reichsjustizminister hat dem Reichstag einen Gesetzentwurf über die Aushebung von „Rechtsstreitigkeiten über ältere staatliche Renten“ vorgelegt. Es handelt sich um alle die Renten, die von dem gegenwärtig im Rechtsausschuss des Reichstags beratenden Gesetzentwurf über die Neuordnung der Standesherrlichen und ähnlicher Renten betroffen werden. Die Rechtsstreitigkeiten, die zwischen den Verpflichteten und Berechtigten bei deutschen Gerichten, Aufwertungsstellen oder Schiedsgerichten anhängig sind oder anhängig werden, sollen auf Antrag einer Partei, die also in der Regel das Reich sein wird, die zum Inkrafttreten der rechtsgerichtlichen Regelung ausgeleert werden. Das Gesetz soll bis 31. März 1930 Geltung haben.

Mobilisierung der Truppen der Sowjetmangelei.

(Paris. Die Agentur Indopacifique meldet aus Peking: Die Truppen der Republik der Sowjetmangelei sind mobilisiert und in der Richtung Gaha und Kista in Marsch gesetzt worden. Sie besetzen die Ostprovinzen und die Randbezirke.